



Einführung in die Probleme der europäischen Wirtschaft

Vorlesung und Übung im WS 2009/10

Prof. Dr. Carsten Hefeker

I. Geschichte und Aufbau der Europäischen Union

1. Geschichte und Institutionen der Europäischen Union

2. Entscheidungsfindung in der EU

Literatur:

Baldwin/Wyplosz, Kapitel 1, 2, 3

Warum „Europa“?

Historisches Bestreben

Die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit

Einbindung Deutschlands

Gegengewicht gegen sowjetische (und amerikanische) Dominanz und „Kalter Krieg“

Erste Schritte

Der „Marshall“-Plan und die OEEC (1947)

Aufbauhilfe durch USA setzt europäische Integration voraus

„Dollarlücke“ und Europäische Zahlungsunion (1950-58)

Regionale Handelsvereinbarung zur Überwindung von Hartwährungsproblemen

Die politische und ökonomische Bedeutung von Kohle und Stahl

(EGKS 1951)

Wiederbewaffnung Deutschlands

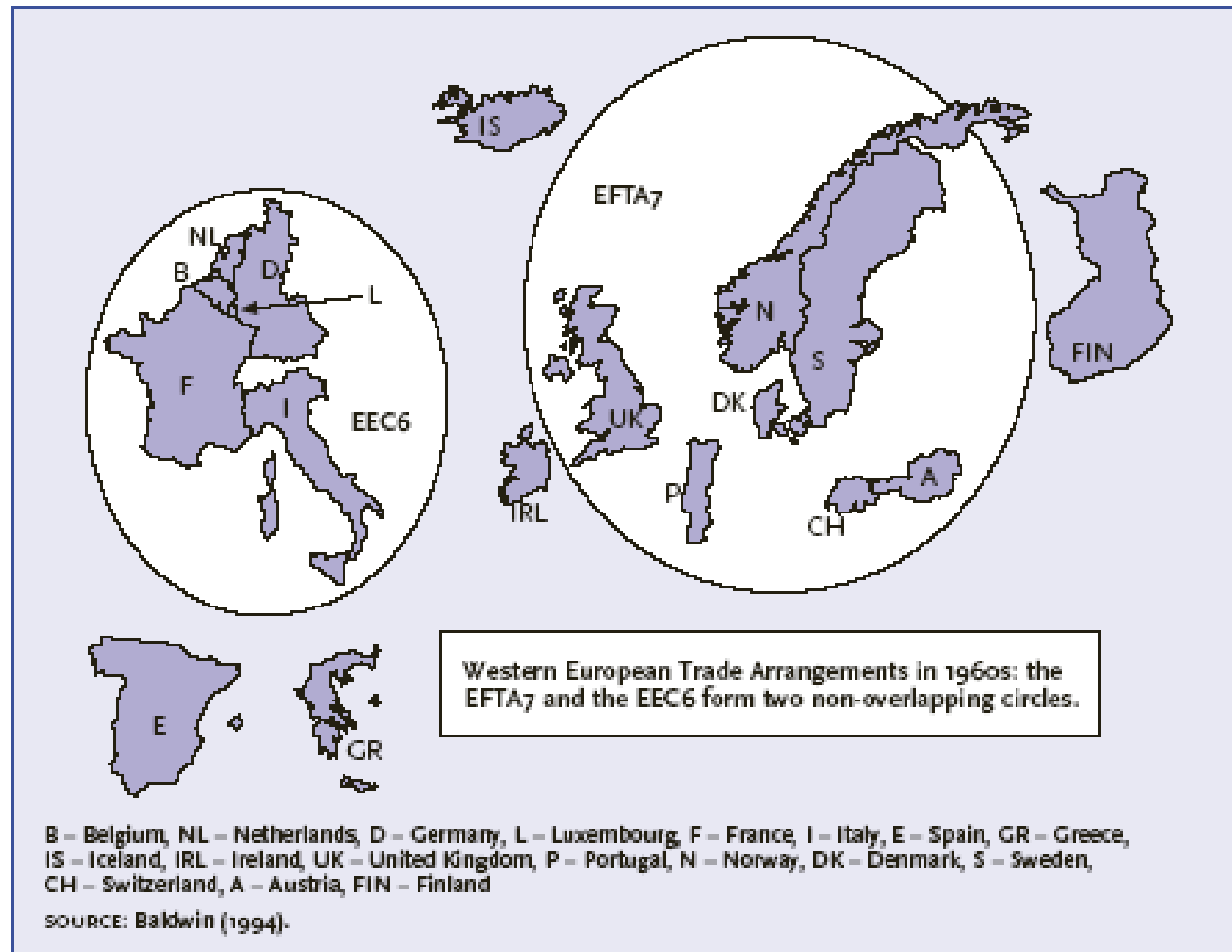
Föderalismus vs. Intergouvernementalismus

Zwei Konzepte der Integration werden parallel verfolgt:

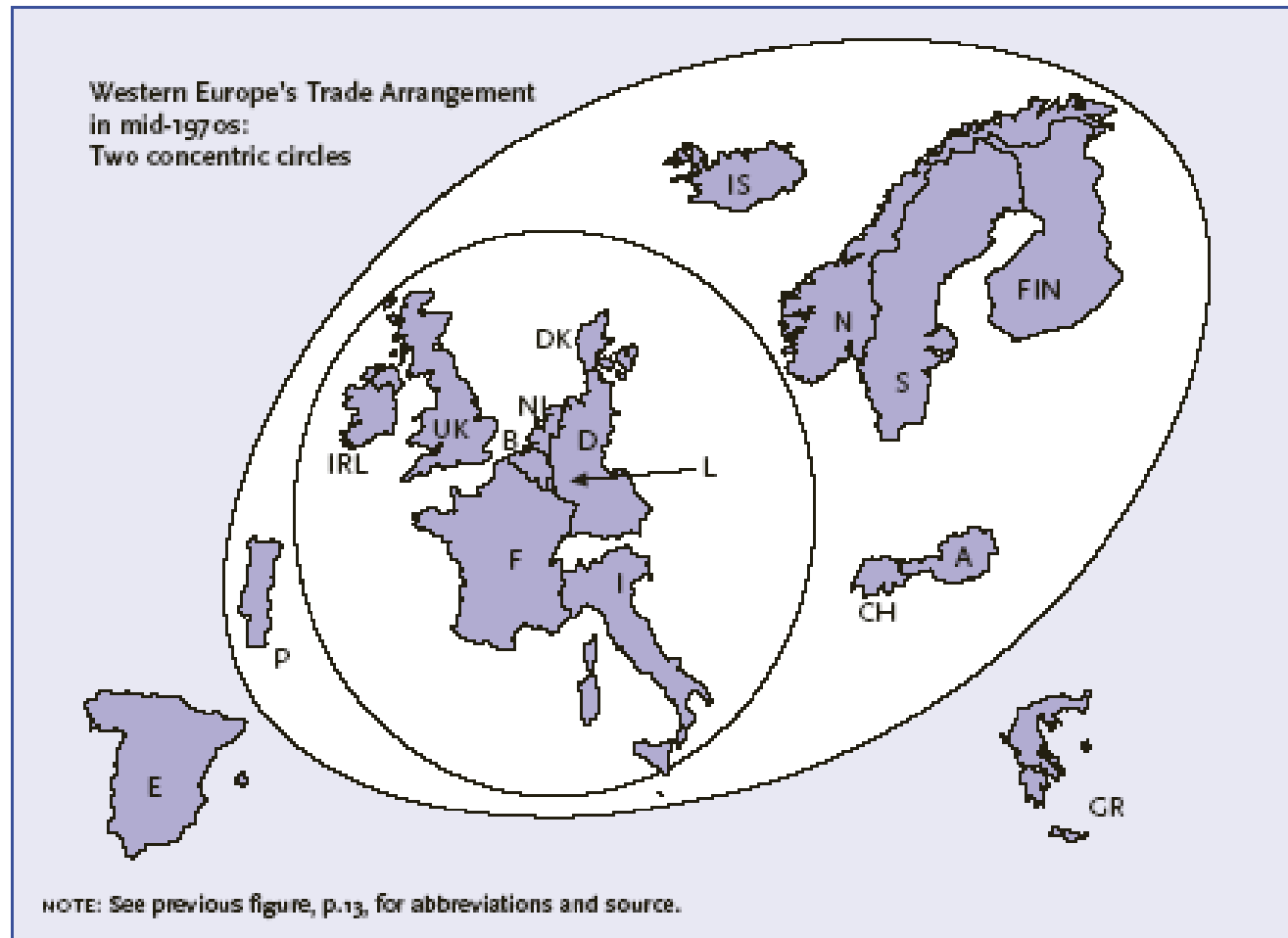
Intergouvernementale Initiativen (Nationen bleiben souverän):
OEEC (1948), Europarat (1949), EFTA (1960).

Föderale Initiativen (Supranationale Institutionen)
EGKS (1951), EWG (1958).

Europa bleibt vorerst “geteilt”...



...während es sich später zunehmend integriert



Die wichtigsten Integrations Schritte

1948 Schaffung der „Benelux“ (NL, B, LX)

1948 Schaffung der OEEC (später OCED)

1950 Schumann-Plan

1950 Europäische Zahlungsunion

1951 Europäische Kohle- und Stahlgemeinschaft (BLX, D, F, I)

1955 Konferenz von Messina

1957 Römische Verträge, Schaffung von EWG und Euratom

Güterfreihandel

Gemeinsamer Außenzoll („Zollunion“)

Ungehinderter Wettbewerb

Freihandel in Dienstleistungen

Kapital- und Arbeitsmarktintegration

Wechselkurs- und Wirtschaftspolitikkoordination

Gemeinsame Agrarpolitik

1960 Schaffung der EFTA (GB, DN, SW, N, P, AT, CH)
1962 Einigung über Gemeinsame Agrarpolitik
1965 Zusammenschluss von EWG, EGKS und Euratom in die EG
1968 gemeinsamer Außenzoll und Abschaffung von internen Zöllen
1973 Beitritt von GB, IRL und DN
1973 Die Europäische „Währungsschlange“
1978 Gipfel von Bremen (Schaffung der ECU und Plan für eine EWU)
1979 Das EWS ersetzt die „Schlange“
1981 Beitritt von GR
1986 Beitritt von P und SP

1987 Inkrafttreten der „Einheitlichen Europäischen Akte“

Schaffung eines gemeinsamen Marktes mit vollständiger Marktintegration (Güter, Dienste, Kapital, Arbeit), Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse, Harmonisierung der Mehrwertsteuersätze (in Bandbreiten), Gegenseitige Anerkennung von Standards („Cassis de Dijon“), Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens, Mehrheitsprinzip in Fragen des Binnenmarkts

1988 „Cecchini“-Report

1989 Delors-Report (Vorbereitung der EWU)

1990 Schengen-Abkommen (D, F, BLX)

1990 Erste Stufe der Währungsunion

1992 Vertrag von Maastricht

1992 Europäischer Wirtschaftsraum zwischen EFTA und EG

1993 Europäischer „Binnenmarkt“

1993 Festlegung der Konvergenzkriterien für die EWU

1993 Gipfel von Kopenhagen

Formulierung der Kopenhagen-Kriterien:

Stabile Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Recht für Minderheiten, eine funktionierende Marktwirtschaft, Fähigkeit mit Wettbewerb und Marktkräften in der Union umgehen zu können

1994 Europäische Union tritt in Kraft

1995 Beitritt von AT, SW und FIN

1995 Assoziierungsabkommen mit Bulgarien, Rumänien, Tschechien, der Slowakei und den baltischen Staaten

1997 Vertrag von Amsterdam

Stabilitäts- und Wachstumspakt, Mehr gemeinsame Sozialpolitik, Parlamentsmacht etwas gestärkt, “Flexible Integration” eingeführt

1999 Beginn der EWU

2000 Vertrag von Nizza

Versuch der institutionellen Reform—weitgehend fehlgeschlagen

2002 Einführung der gemeinsamen Währung

2002 Kopenhagen-Gipfel: Aufnahme von 10 Beitrittsländern beschlossen

2003: Entwurf der Europäischen Verfassung („Convent“)

Unterzeichnet 2004, 2005 abgelehnt in Referenden in Frankreich und den Niederlanden.

Mai 2004: Beitritt der zehn neuen Mitglieder

Oktober 2005: Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Kroatien.

Januar 2007: Beitritt von Bulgarien und Rumänien. Einführung des Euros in Slowenien.

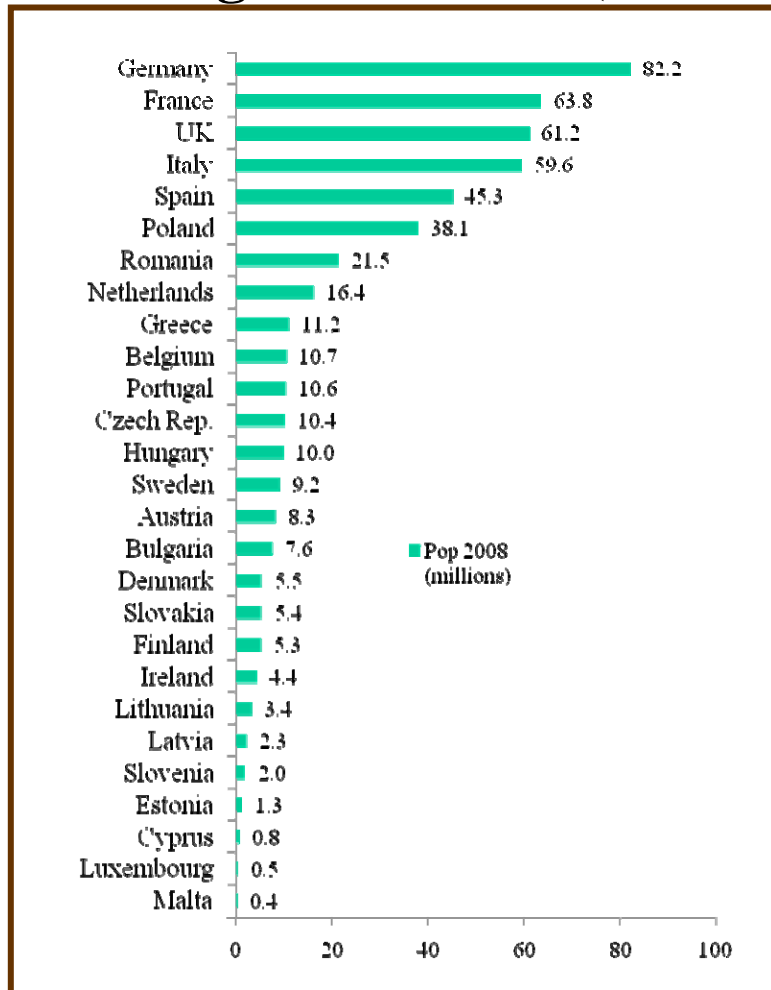
Oktober 2007: Vertrag von Lissabon („Reformvertrag“)

Schaffung eines Ratspräsidenten und Außenbeauftragten, Verkleinerung des Parlaments (auf 750), Verringerung der Zahl der Kommissare (auf 18), Doppelte Mehrheit, Einführung des Mehrheitsprinzip in Asyl- und Verteidigungspolitik, Grundrechtscharta, Austrittsmöglichkeit.

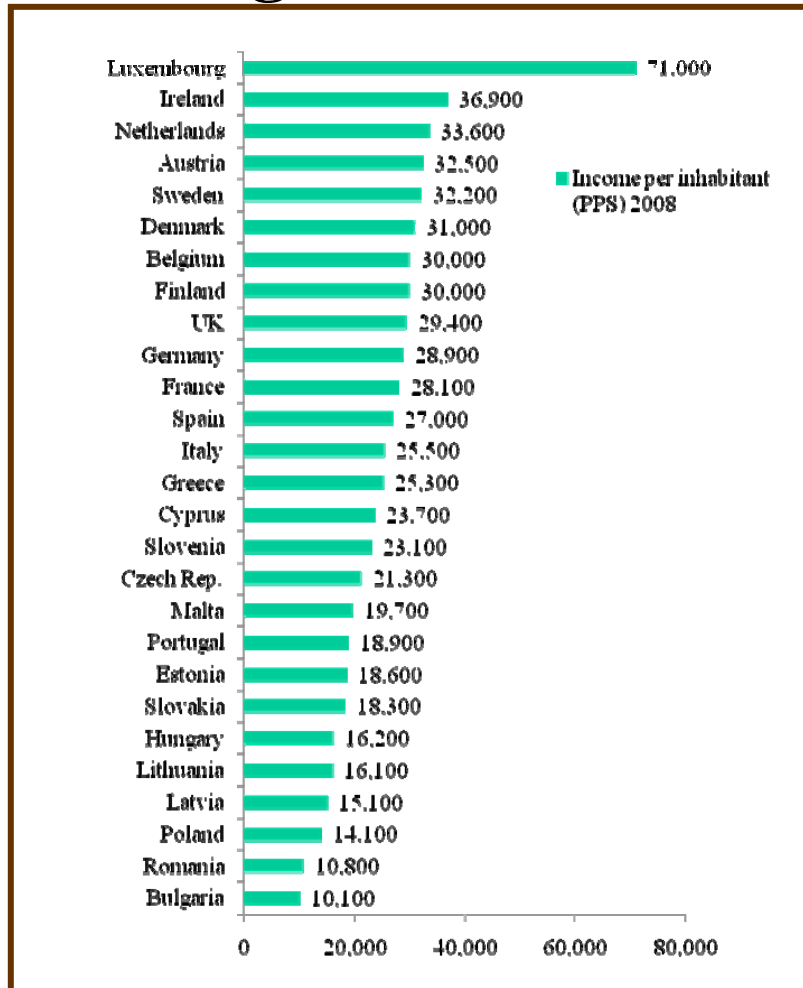
2008 abgelehnt in einem Referendum in Irland; 2009 angenommen.

Januar 2008: Einführung des Euro in Malta und Zypern.
Januar 2009: Einführung des Euro in der Slowakei.

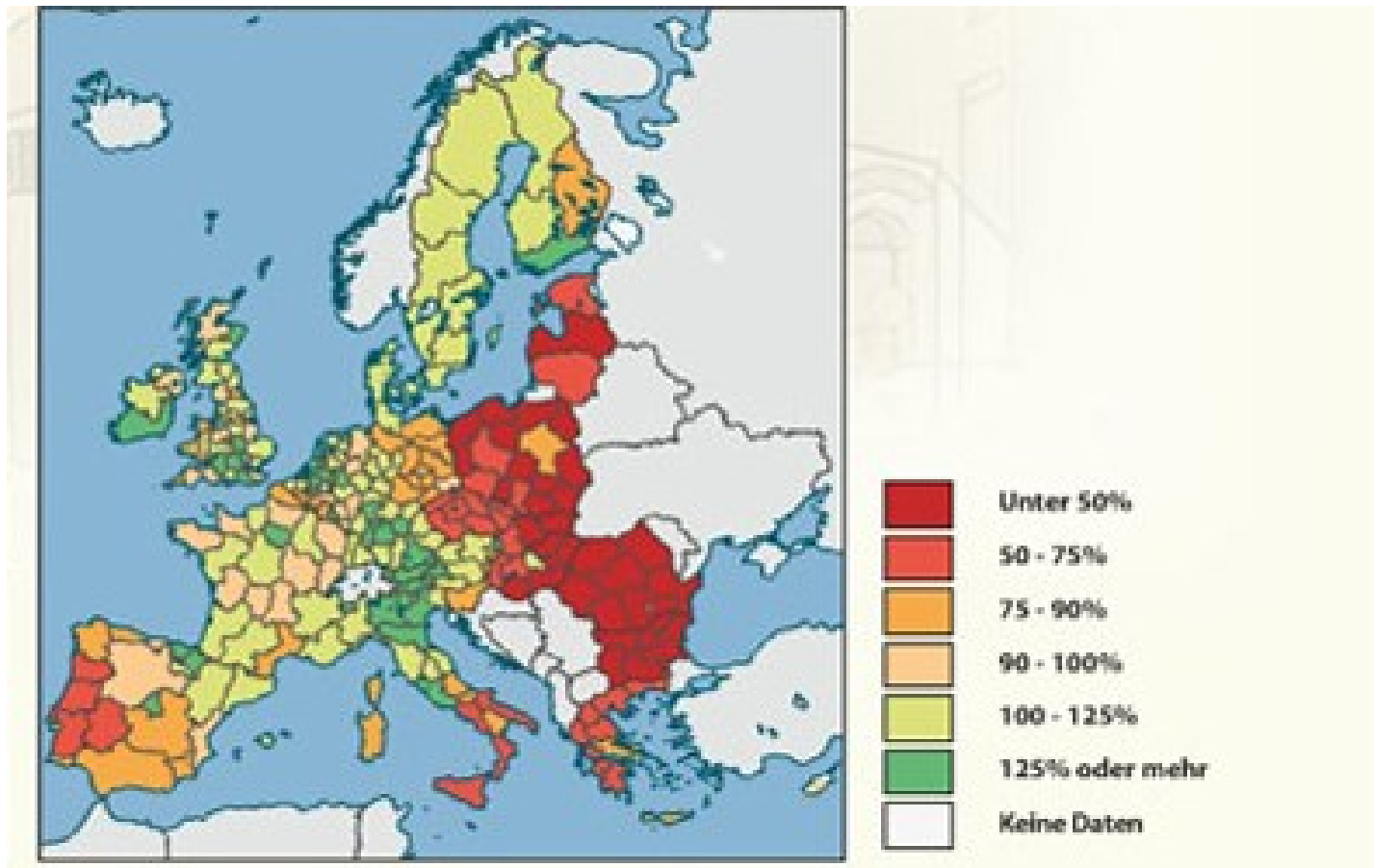
Die Mitgliedsstaaten (Bevölkerung)



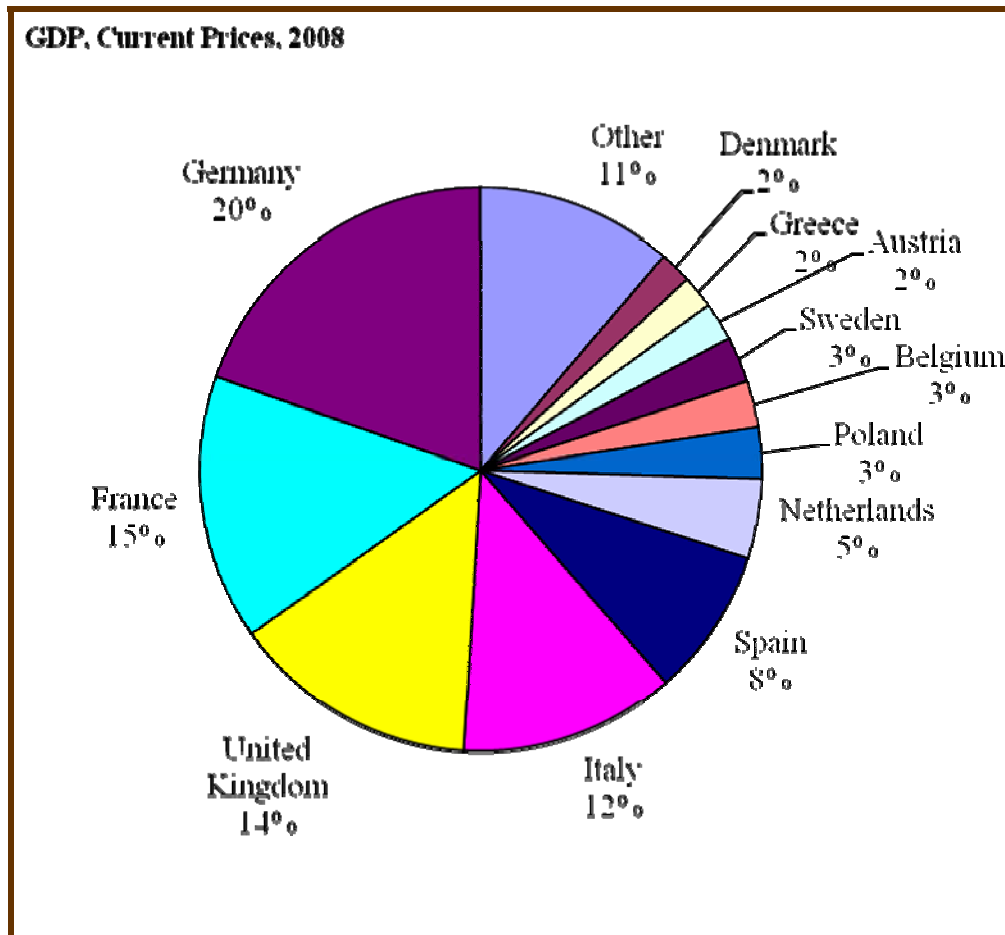
Die Mitgliedsstaaten (Einkommen)



Regionale Einkommensunterschiede



Ökonomische Größenunterschiede



EU-Recht

Quellen

Primärrecht (Verträge)

Vertrag der EG (1. Säule)

Vertrag der EU (ergänzt um 2. und 3. Säule)

Sekundärrecht (EU-Gesetze)

Regulierung: unmittelbar bindend in den MS

Direktiven: geben Ergebnis vor, werden vom MS umgesetzt

Entscheidung: spezifischer Akt für Land, Firma oder Bürger

Empfehlungen und Meinungen: nicht rechtlich bindend

Gerichtsentscheide

Prinzipien

Autonomie

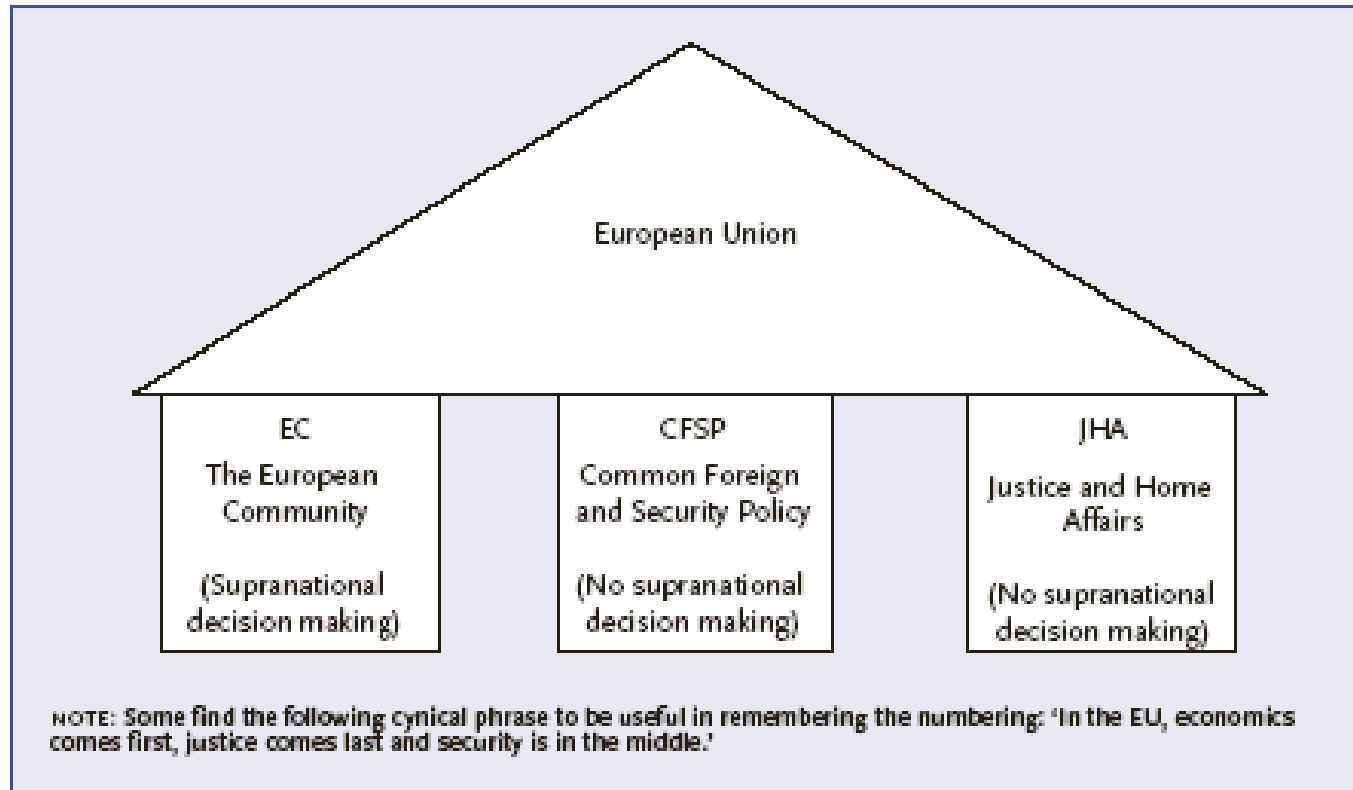
Recht ist unabhängig von MS und nationaler Rechtshierarchie

Direkte Anwendbarkeit

Gemeinsames Recht hat Rechtsstatus in MS
(vgl. jedoch Verfassungsgerichtsurteil von 2009)

Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor nationaler Gesetzgebung

Europäische Union hat drei Säulen



1. Säule: alle Entscheidungen bis „Maastricht“

Die wichtigsten Institutionen

Der Europäische Rat

Der Ministerrat

Die Kommission

Das Parlament

Der Europäische Gerichtshof

Der Europäische Rat

das wichtigste Gremium; besteht aus den Regierungschefs der Mitgliedsstaaten und dem Kommissionspräsidenten. Der ER

- legt die Richtlinien der EU-Politik fest
- trifft sich in der Regel halbjährlich (Juni und Dezember), zum Ende der rotierenden halbjährigen Präsidentschaft (Committee of Permanent Representatives COREPER)
- hat keine formale Rolle in der Gesetzgebung der EU, Entscheidungen müssen in Verträgen oder Sekundärrecht umgesetzt werden (der Verfassungsentwurf sieht vor, den Rat zu einem formalen Gremium zu machen)

geplant: Schaffung eines Präsidenten mit 2,5 Jahren Amtszeit

Der Ministerrat („Rat der EU“)

besteht aus dem jeweils zuständigen Ministerrat für Sachfragen und benutzt, je nach Fachgebiet, einen anderen Namen (z.B. EcoFin)

- trifft die meisten formalen Entscheidungen (Umsetzung der Verträge, Budget)
- koordiniert die Wirtschaftspolitik in der EWU
- entscheidet auch über Fragen der 2. und 3. Säule
- entscheidet einstimmig (Vertragsänderungen, Erweiterung, Finanzverfassung) oder mit qualifizierter Mehrheit (rund 80% aller Entscheidungen)

geplant. Fachministerleitung wechselt weiterhin halbjährlich; Leitung des allgemeinen Rats (Außenminister) übernimmt der Außenbeauftragte

Die Kommission

Treibende Kraft der Integration („tiefer und breiter“)

- schlägt Rat und Parlament Gesetze vor, setzt EU Politik um und durch („Wächterfunktion“) und repräsentiert die EU nach außen bei internationalen Verhandlungen
- ist für 5 Jahre bestellt und kann nur gemeinsam entlassen werden durch das Parlament
- Kommission entscheidet mit einfacher Mehrheit
- jedes Land hat einen Kommissar (bis 2004 hatten die großen 5 je 2); Vertrag von Lissabon reduziert die Anzahl auf 18 (Rotationsprinzip)
- Kommissare werden vom Land ausgewählt, müssen aber bestätigt werden
- Jeder Kommissar leitet einen Bereich („Generaldirektion“)

 **European Commission 2008-09**

 <p>José Manuel Barroso Portuguese President</p>	 <p>Margot Wallström Swedish Vice-President Institutional relations and communication strategy</p>	 <p>Günter Verheugen German Vice-President Enterprise and industry</p>	
 <p>Jacques Barrot French Vice-President Justice, freedom and security</p>	 <p>Siim Kallas Estonian Vice-President Administrative affairs, audit and anti-fraud</p>	 <p>Antonio Tajani Italian Vice-President Transport</p>	 <p>Viviane Reding Luxembourgish Information society and media</p>
 <p>Stavros Dimas Greek Environment</p>	 <p>Joaquín Almunia Spanish Economic and monetary affairs</p>	 <p>Danuta Hübner Polish Regional policy</p>	 <p>Joe Borg Maltese Fisheries and maritime affairs</p>
 <p>Dalia Grybauskaitė Lithuanian Financial programming and budget</p>	 <p>Janez Potočnik Slovenian Science and research</p>	 <p>Ján Figel' Slovakian Education, training, culture and youth</p>	 <p>Olli Rehn Finnish Enlargement</p>
 <p>Louis Michel Belgian Development and humanitarian aid</p>	 <p>László Kovács Hungarian Taxation and customs union</p>	 <p>Neelie Kroes Dutch Competition</p>	 <p>Mariann Fischer Boel Danish Agriculture and rural development</p>
 <p>Benita Ferrero-Waldner Austrian External relations and European neighbourhood policy</p>	 <p>Charlie McCreevy Irish Internal market and services</p>	 <p>Vladimír Špidla Czech Employment, social affairs and equal opportunities</p>	 <p>Andris Piebalgs Latvian Energy</p>
 <p>Meglena Kuneva Bulgarian Consumer protection</p>	 <p>Leonard Orban Romanian Multilingualism</p>	 <p>Androulla Vassiliou Cypriot Health</p>	 <p>Catherine Ashton British Trade</p>

Situation as of November 2008

DG COMM Printed by 














































NA-30-08-808-EN-P

Das Europäische Parlament (Straßburg)

- Überwachung der Kommission
 - Machtteilung mit Rat und Kommission (insbesondere beim Budget)
 - Ziel: demokratische Kontrolle der EU-Institutionen

 - bis Mai 2007 626 Mitglieder, seitdem 785; Reduktion auf 750
 - direkt gewählte Mitglieder, nationale Anzahl Funktion der Größe des Landes (unterproportionaler Anstieg)
 - organisiert nach Parteien, nicht Nationen
- de facto oft nach nationalen Überlegungen gewählt, nicht nach EU Perspektive
geringe Wahlbeteiligung
Verfassungsentwurf sieht kaum Änderungen vor

Mitglieder je Mitgliedstaat und Fraktion // 6. Wahlperiode

										insges amt
	6	7	6		2			3		24
	4	6	7					1		18
	14	2				6	1		1	24
	1	5	4	1	1	1	1			14
	49	23	7		13	7				99
	1	3	2							6
	5	1	1	4		1	1			13
	11	8				4	1			24
	24	24	2		3	1				54
	17	31	11		6	3	3	7		78
	24	15	12	13	2	7		2	3	78
	3		1			2				6
	3		1	4	1					9
	2	2	7	2						13
	3	1	1		1					6
	13	9	2							24
	2	3								5
	7	7	5		4	2	2			27
	6	7	1		2			1	1	18
	15	9	5	20			3		2	54
	9	12				3				24
	9	12	8					6		35
	4	1	2							7
	8	3							3	14
	4	3	5		1	1				14
	6	5	3		1	2	2			19
	27	19	12		5	1	10	1	3	78
insges amt										insges amt
	277	248	105	44	42	41	24	21	13	785

Legt ein Abgeordneter sein Mandat nieder, so muss der entsprechende Mitgliedstaat dem Europäischen Parlament dessen Nachfolger mitteilen.
Auf diese Weise wird das Verzeichnis aktualisiert. Dennoch kann die offizielle Anzahl der Sitze von der tatsächlichen Anzahl der Abgeordneten kurzfristig abweichen.

Der Europäische Gerichtshof (Luxemburg)

Streitschlichtung zwischen Kommission und Regierungen, zwischen Regierungen, zwischen Institutionen der EU, und zwischen Einzelpersonen und der EU (Einzelpersonen haben direkt Zugang)

ist entsprechend einflussreich und hat durch Gesetzgebung die EU geformt (Einheitliche Europäische Akte)

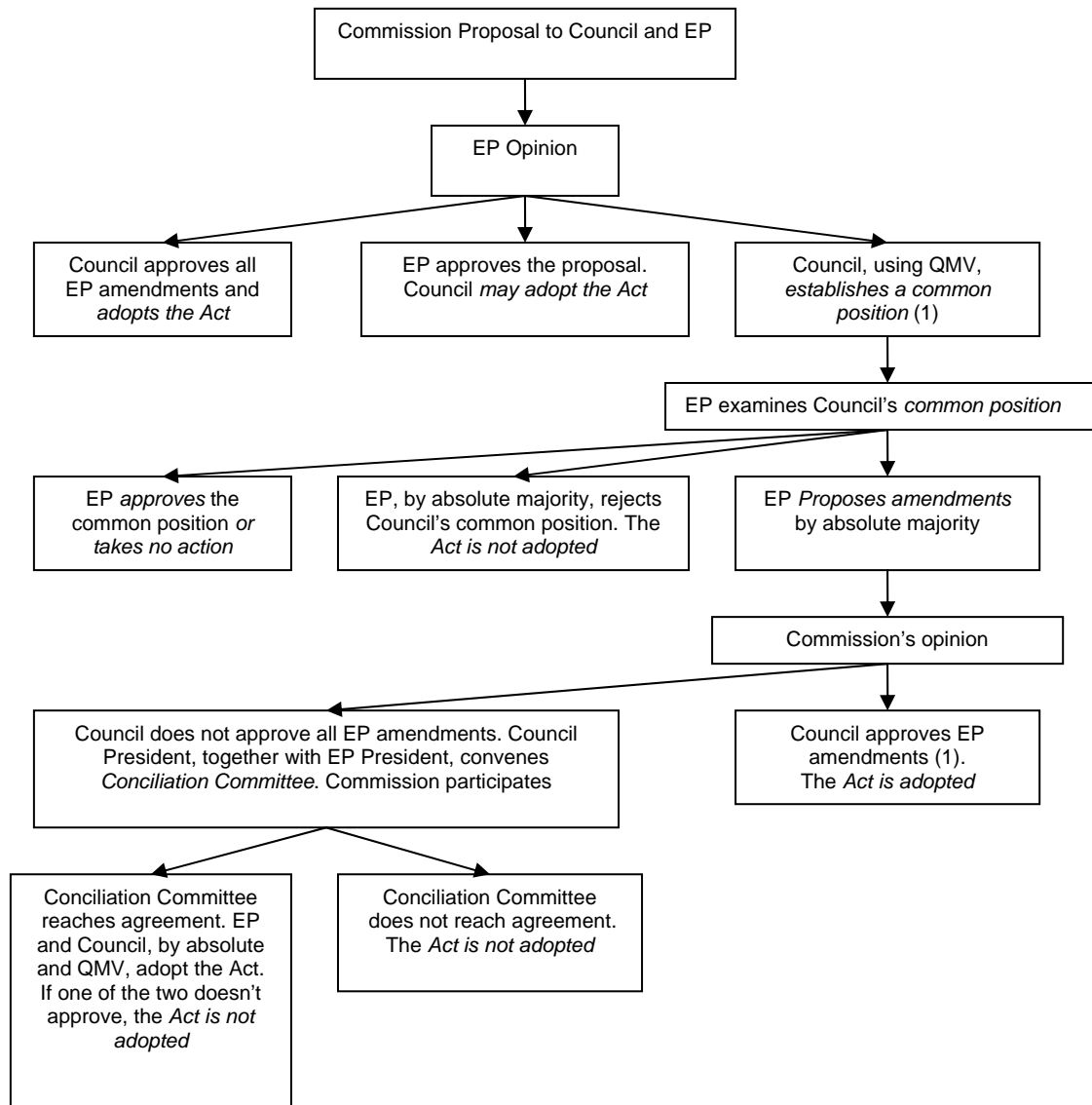
je ein nationaler Vertreter als Richter, bestimmt für 6 Jahre trifft Entscheidungen mit einfacher Mehrheit

Der legislative Prozess

In den meisten Fällen (80%) haben Parlament und Rat gleiches Entscheidungsrecht, wenn die Kommission einen Vorschlag präsentiert (Co-Entscheidung)

Parlament (einfache Mehrheit) und Rat (qualifizierte Mehrheit) müssen zustimmen, bevor Vorschlag Recht wird; bei Konflikt findet Konsultationsprozess statt

je nach Politikbereich besteht auch nur Zustimmungspflicht des Parlaments, das aber keine Änderungen vornehmen kann an Vorschlag (Erweiterung, internationale Abkommen, Strukturfonds...) bzw. Konsultationspflicht, bei dem das Parlament nur angehört werden muss (CAP)



Änderungen im Reformvertrag

Box 2.14 Summary of Lisbon Treaty changes for Big-5 institutions

Commission. Commission size: current practice until 2014 after which the number equals two-thirds the number of members with slots rotated equally regardless of member size (each member will be without a Commissioner for five out of every 15 years).

Commission President powers reinforced along with Parliament's oversight of the Commission.

Council of Ministers. QMV rules: Current practice up to 2014 after which 'double majority' applies, i.e. at least 55 per cent of members representing at least 65 per cent of EU population;* blocking minority must include at least four members. During transition period (2014 to 2017) any member can request that the current (i.e. Nice Treaty) QMV rule be applied instead of double majority.

Council meetings continue to be chaired by nation with rotating presidency, except Foreign Affairs Council, which will be chaired by new 'High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy' (see below).

European Council. New post: 'European Council President'. Full-time position for person that does not hold a national office, elected by the European Council (QMV rules) for two and a half years (renewable once).

European Council becomes an official EU institution, making it subject to Court jurisdiction.

European Parliament. Joint decision-making powers with the Council are expanded concerning the EU budget (including power of CAP spending for the first time) and third-pillar issues (Justice and Home Affairs).

Also increased role in Treaty revisions and the selection of senior EU leaders.

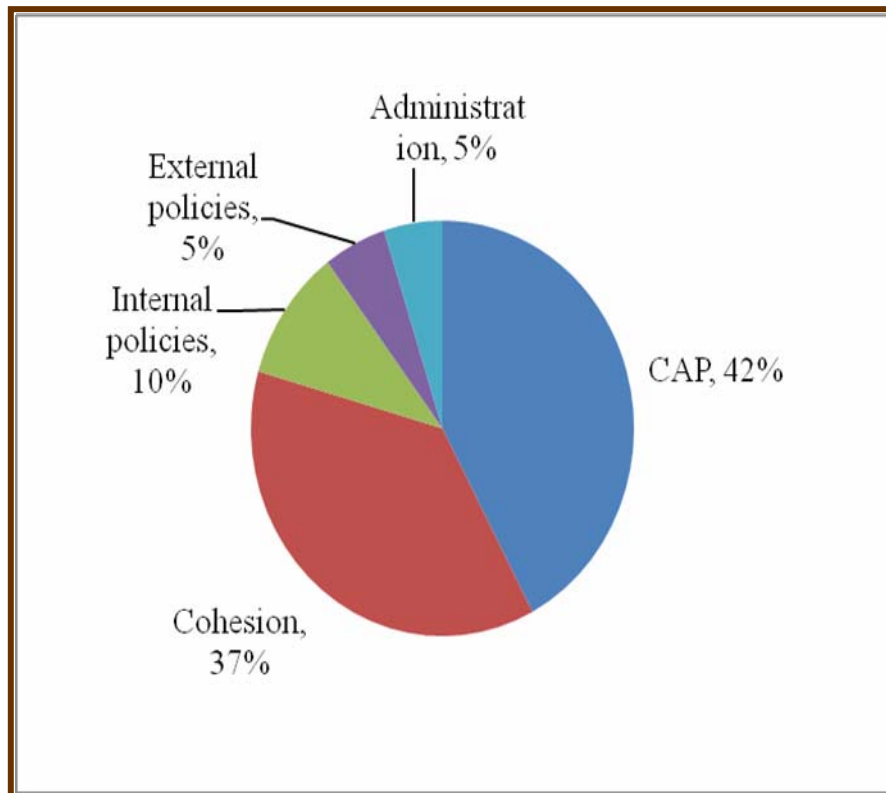
The number of Members of European Parliament (MEPs) is capped at 750.

European Court. Significant expansion of Court's jurisdiction to include third-pillar issues (excluding Britain).

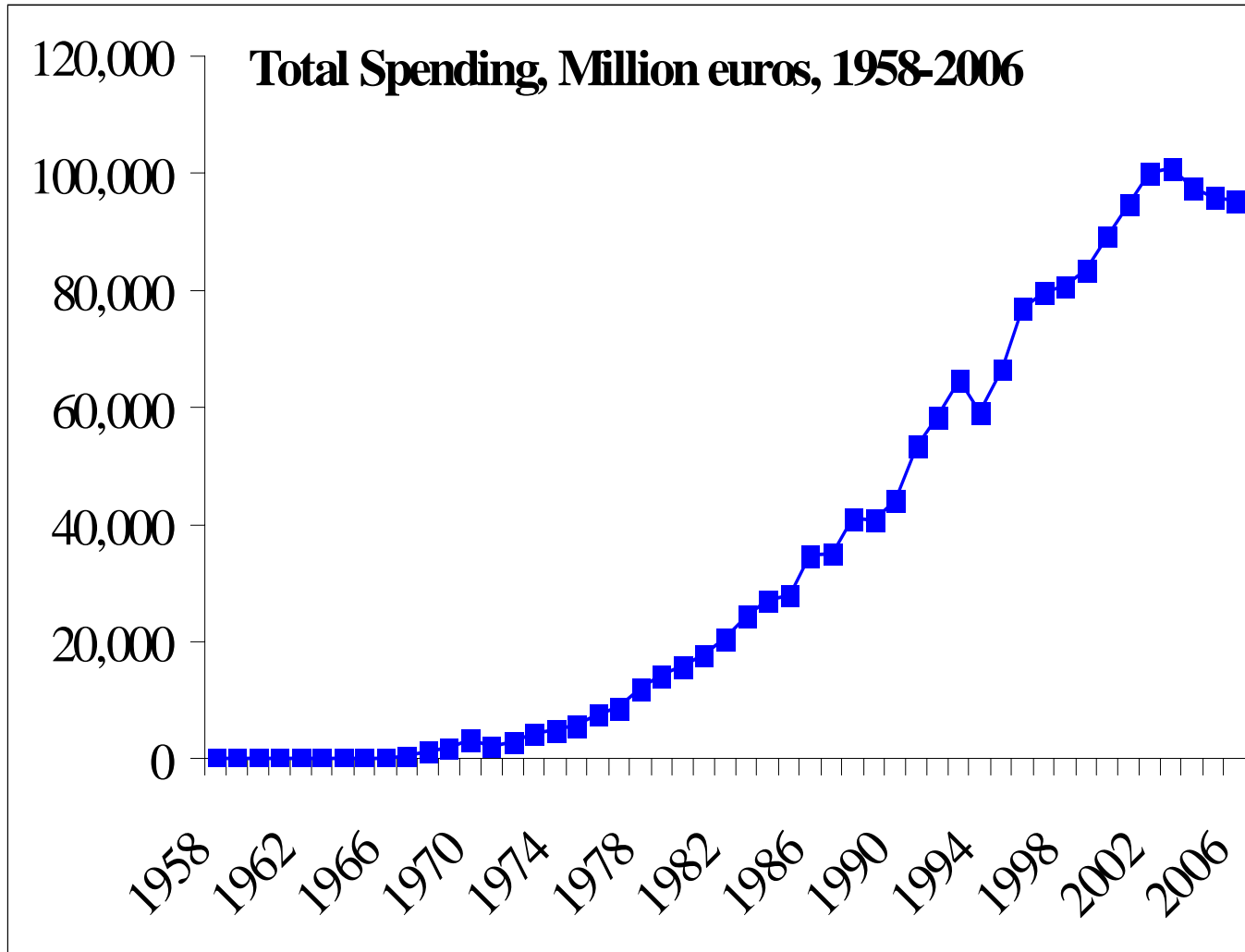
No major organizational changes, but easier to set up specialized courts (e.g. trademark law).

* The Lisbon Treaty voting reform article is anachronistic since it was taken verbatim from the abandoned Constitutional Treaty that was written in 2004 when there were 25 members. It adds a proviso to the 55 per cent criterion that a majority must include at least 15 members. This was relevant when there were 25 members; now there are 27 so one cannot get to 55 per cent with fewer than 15 members.

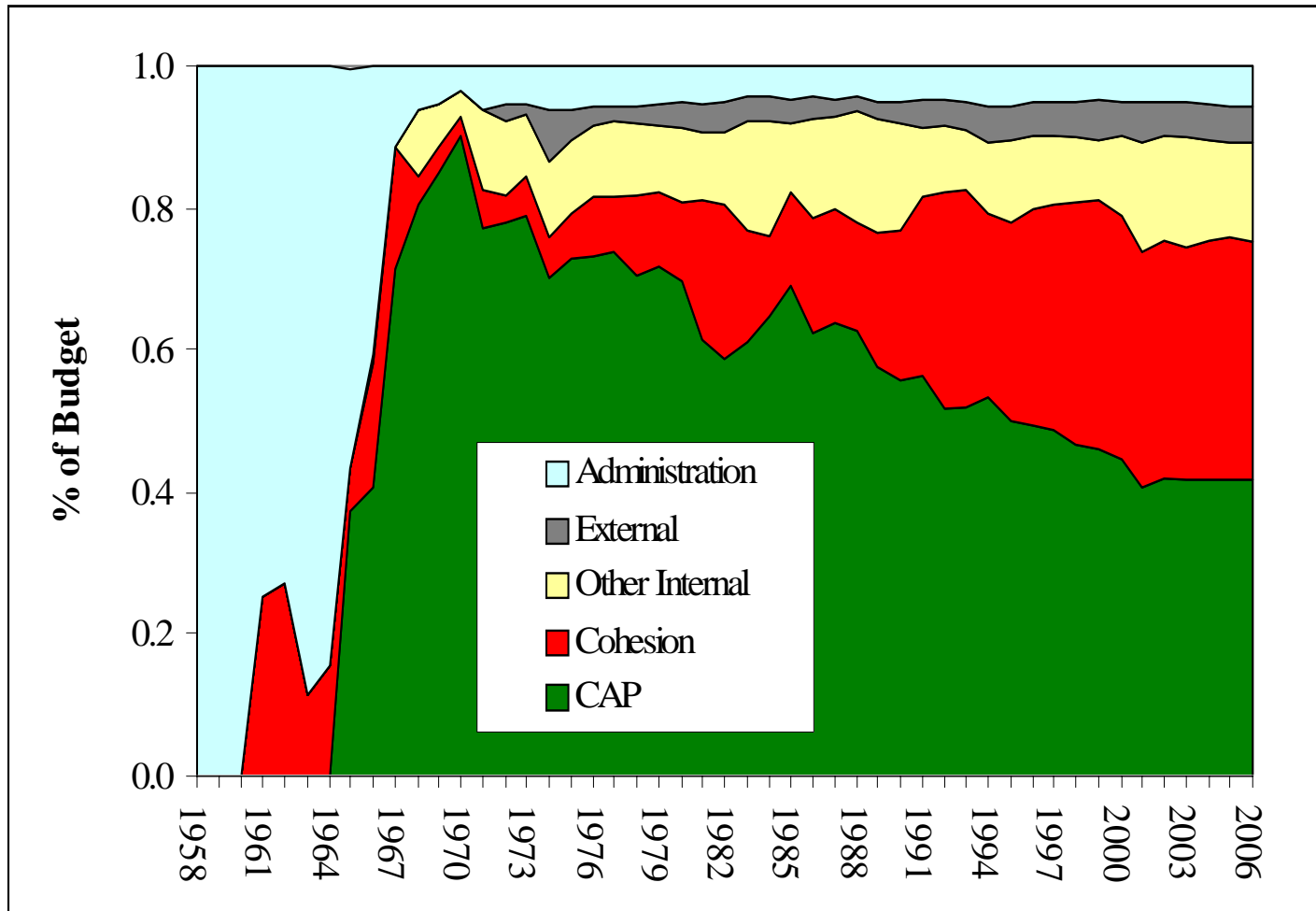
Das Budget: Ausgaben ab 2007



Entwicklung der Ausgaben (Total)



Entwicklung der Ausgaben (Anteile)



Finanzierung der EU-Ausgaben

Budget muss jedes Jahr ausgeglichen sein (Verschuldungsverbot)

5-Jahresplanung

Haupteinnahmenquellen sind:

- Zolleinnahmen

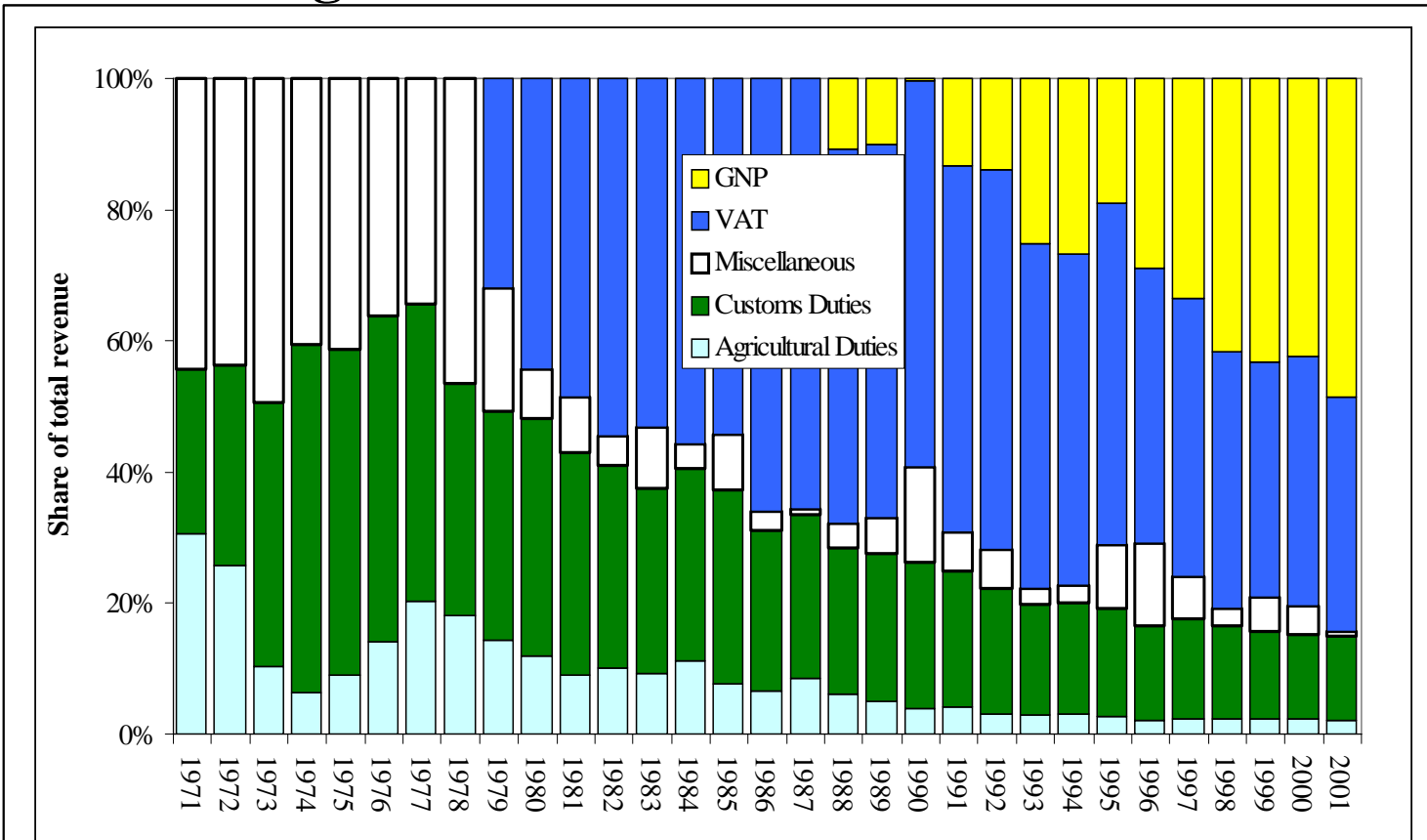
- Landwirtschaftsabgaben (Zölle auf Agrarprodukte)

- Mehrwertsteueranteile (1% der nationalen Einnahmen)

- Abgaben der Mitgliedsstaaten (basierend auf BSP)

- „Sonstiges“ (relativ unwichtig)

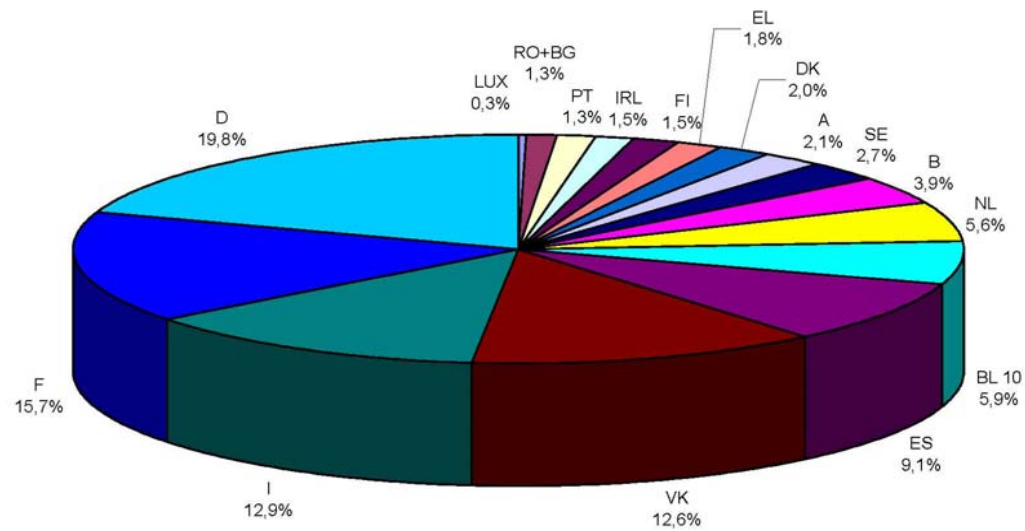
Entwicklung der Einnahmeseite



Source: "The Community Budget: The facts in figures" European Commission, 2000. Downloadable from <http://eurpoa.eu.int/budget/>

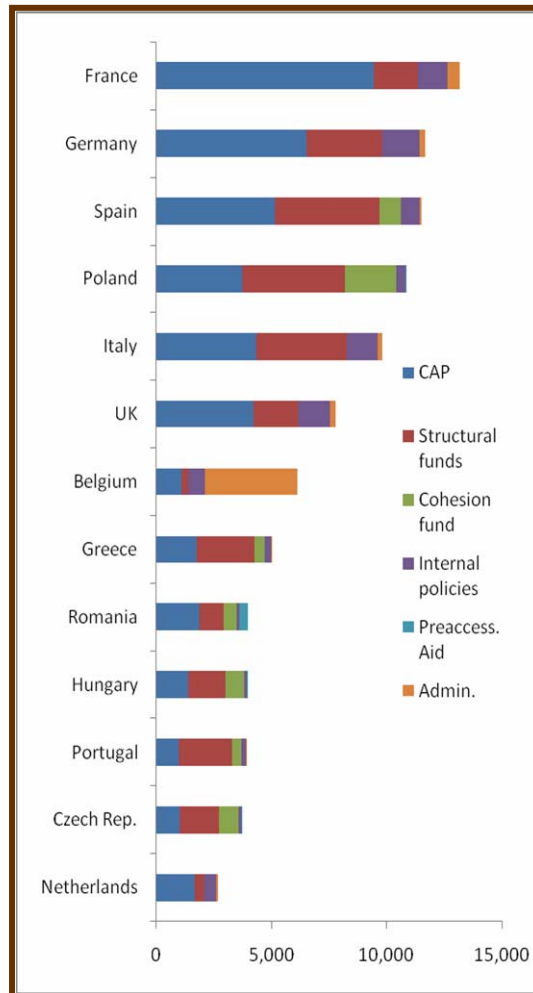
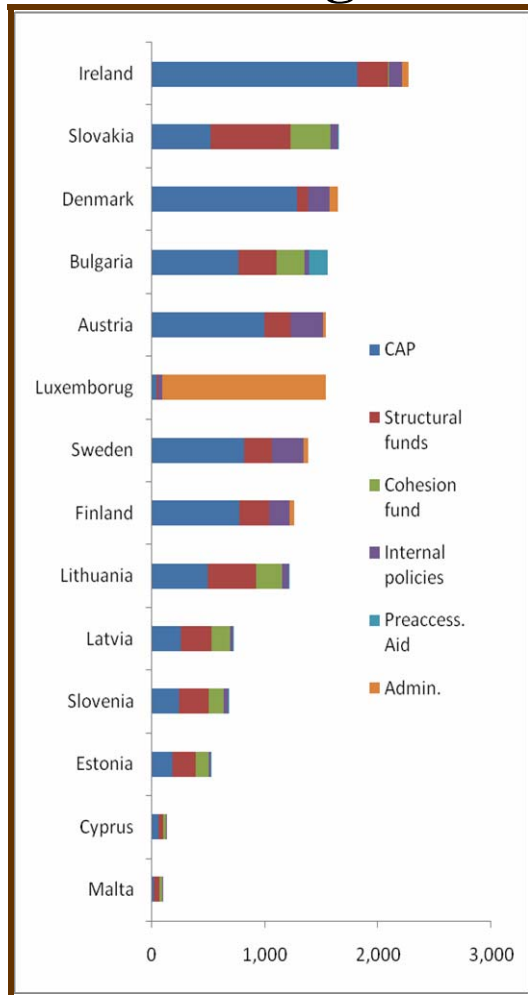
Beiträge pro Land 2007

Finanzierungsanteile der Mitgliedstaaten im Jahr 2007



Stand: einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1-5/2007

Entwicklung der Zahlungen an die Mitgliedsländer



Nettobeiträge pro Land

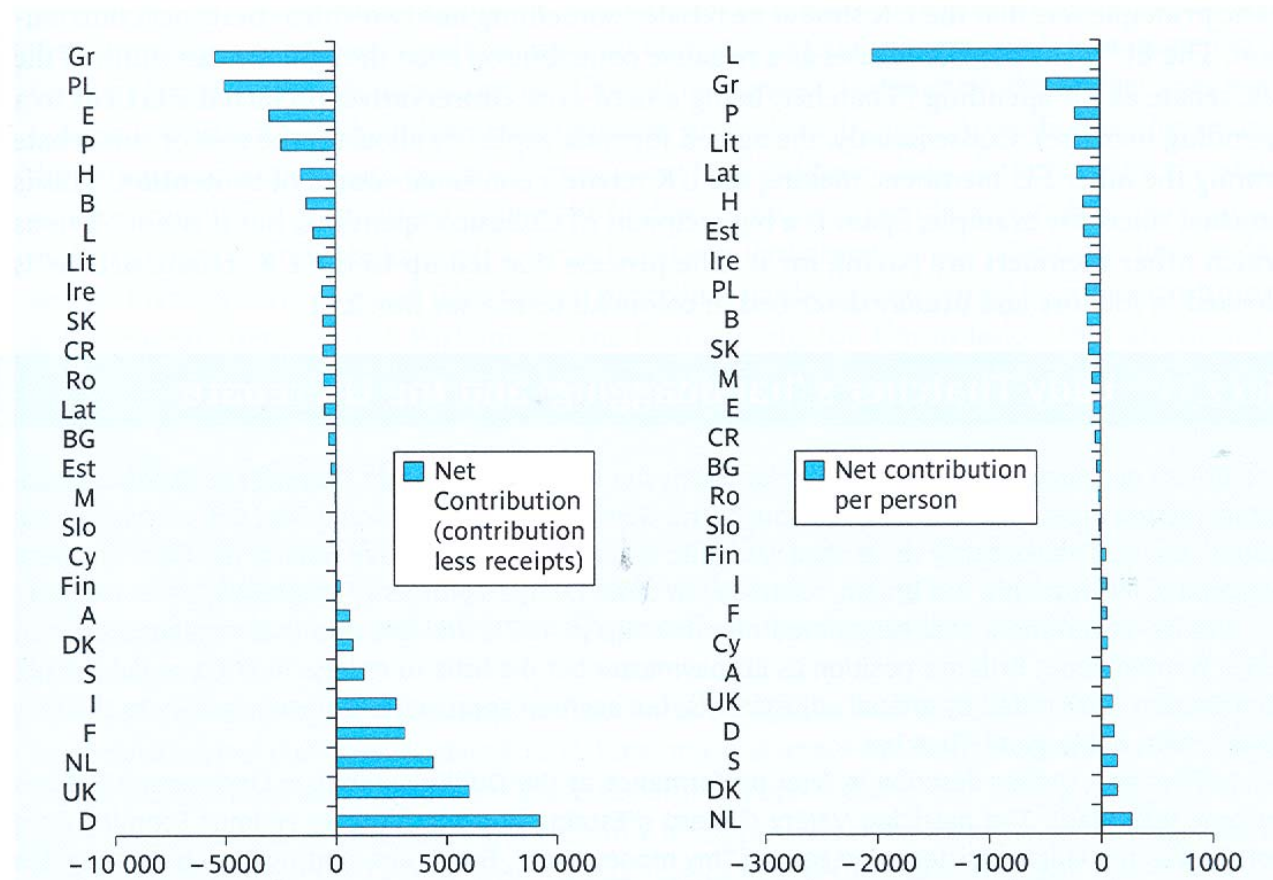


Figure 2.20 Net financial contribution by EU members in 2007

Source: European Commission for budget data and Eurostat for population data

2. Entscheidungsfindung in der EU

Welches „Regierungsniveau“ soll für jeweilige Aufgaben verantwortlich sein?

Außenpolitik

Geschwindigkeitsbegrenzungen

Schulstoff

Handelspolitik

....

Mögliche Entscheidungsebenen sind

lokal

regional

national

Europäische Union

Aufgabenallokation im EU-Sprachgebrauch:
„Kompetenzen“

Subsidiaritätsprinzip

Aufteilung der Entscheidungsgewalt in der EU folgt dem „Subsidiaritätsprinzip“ (Vertrag von Maastricht)

Entscheidungen sollen so dicht wie möglich an den betroffenen Menschen getroffen werden
EU soll nur Entscheidungsgewalt haben, wenn Politik dort effektiver gestaltet werden kann als auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene

EU unterscheidet in

Gemeinschaftskompetenzen (Aufgaben der EU)

Gemeinsame Kompetenzen (Aufgabenteilung zwischen EU und Mitgliedsstaat)

Nationale Kompetenzen

Generell gilt, dass 1. Säule Gemeinschaftskompetenz ist, während 2. und 3. Säule in die Nationale Kompetenz fallen (Staaten kooperieren aber transferieren keine Entscheidungsgewalt; das ändert sich nach dem Vertrag von Lissabon)

Theoretische Grundlagen der Allokation

Theorie kennt keine eindeutige und allgemeingültige Antwort auf die Frage der Aufgabenallokation

1. Skalenvorteile

legen Zentralisierung und hohe Standardisierung nahe

2. Externe Effekte („spillovers“)

negative und positive spillovers legen Zentralisierung nahe
(lokale und regionale Regierungsebenen unterschätzen in der Regel die Effekte auf andere Jurisdiktionen)

3. **Diversität und lokale Informationsvorteile**
lokale Präferenzunterschiede und lokale Bedingungen legen Entscheidungsfindung auf niedriger Ebene nahe („dicht an den Menschen“)
4. **Demokratie als Kontrollmechanismus**
Dezentralisierung erlaubt Wählern genauere und feinere Kontrolle der Politik
5. **Wettbewerb der Jurisdiktionen**
Dezentralisierung gibt Wählern mehr Wahlmöglichkeiten

Die nötige Mehrheit in der EU: „Qualifizierte Mehrheit“

Alte Regeln, die seit 1958 gelten

Die Reformen von Nizza (2000)

Die Vorschläge des Convents (Verfassung), die in den Vertrag von Lissabon eingegangen sind.

Jedes Land hat gewisse Anzahl Stimmen, die von seiner Größe abhängen

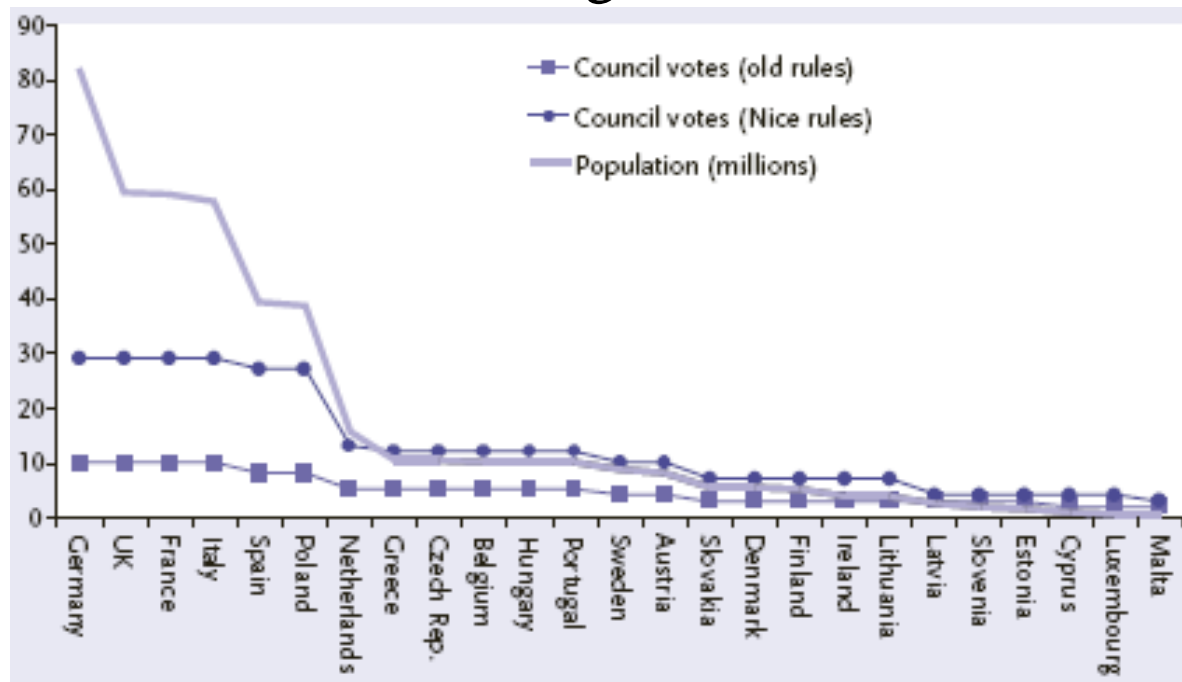
EU 15 hat 87 Stimmen, 62 sind qualifizierte Mehrheit ($\approx 71\%$)

Implikationen sind allerdings wenig durchsichtig, da Ländergewichte nicht unbedingt „echter“ Größe entsprechen

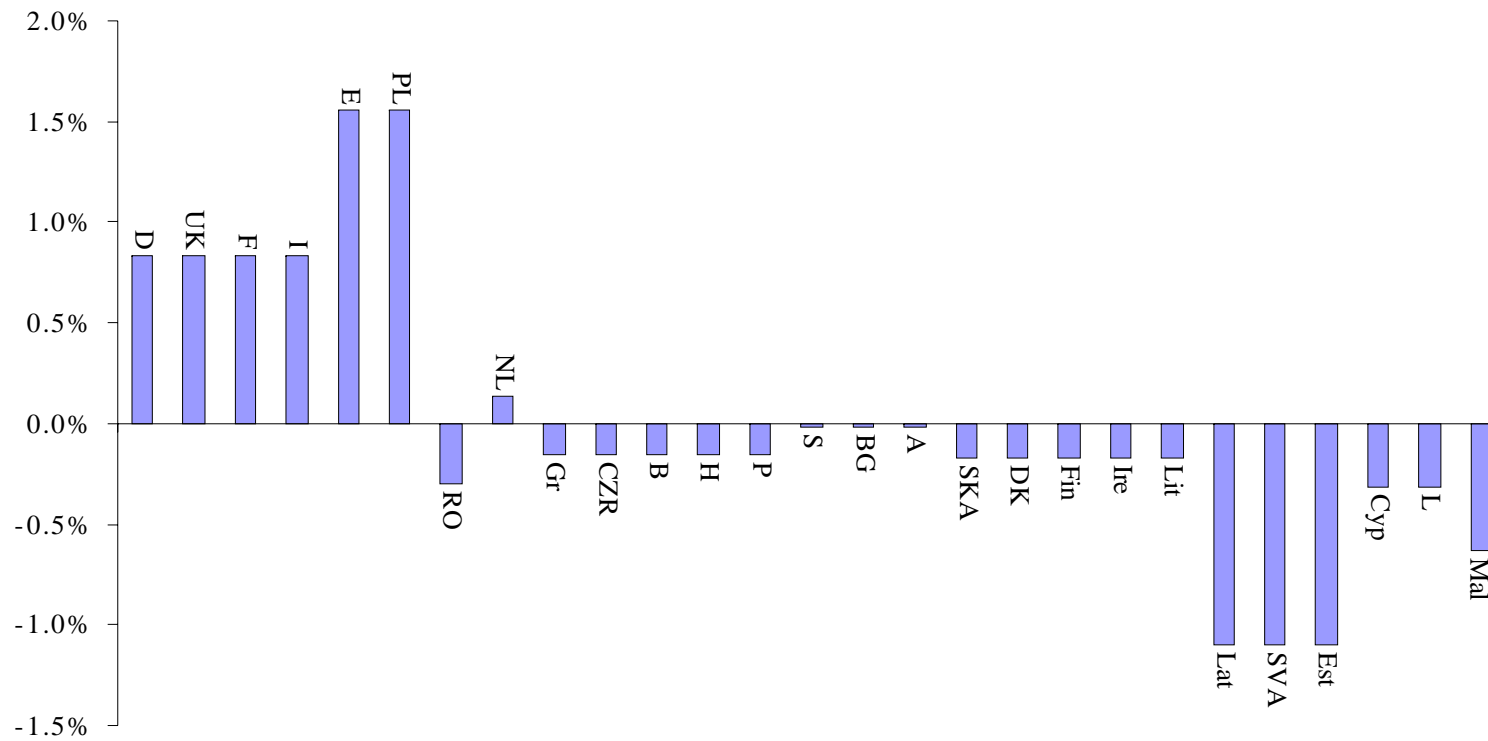
Die meisten Entscheidungen werden jedoch „im Konsens“ getroffen

Revision von Nizza sieht gegenwärtig drei Kriterien vor:

- 72% der Stimmen (232 von 321 Stimmen der EU 25)
- 50% der Mitgliedsstaaten
- 62% der Bevölkerung der EU



Machtänderungen durch „Nizza“



Vertrag von Lissabon sieht vor:

65% der Bevölkerung

55% der Mitgliedsstaaten

soll ab 2014 gelten (bis 2017 können die alten Regeln verwendet werden)

Machtänderungen durch die Verfassung

